

## **FRAGEN UND LITERATURHINWEISE NR. 8**

### **II. Einzelne Grundrechte**

#### **5. Religion, Kirche, Weltanschauung, Gewissen**

1. Die katholische Landjugendbewegung Deutschlands hat in einer einmaligen Aktion, für die umfangreich von der Kanzel aus geworben worden war, gebrauchte Kleidung und Altpapier gesammelt; der Erlös aus dem Verkauf der gesammelten Gegenstände wurde an die Landjugend in Entwicklungsländern weitergeleitet. Ein gewerbliches Unternehmen zur Altmaterialsammlung klagt nun auf Schadensersatz, da sein Umsatz während der Aktion nahezu zum Erliegen gekommen ist. Insbesondere macht es geltend, die Werbung von der Kanzel verstoße gegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb.

Kann sich die Landjugendbewegung auf Art. 4 GG berufen, um die Klage abzuwehren?

Lit.: BVerfGE 24, 236 (244 ff.) – Rumpelkammer; E 32, 98 (106 ff.) – Gesundheitsbetriebe; vgl. auch E 83, 341 (353 ff.) – Bahá'í; Pieroth/Schlink, Grundrechte<sup>27</sup>, Rdnr. 548 ff.; v. Campenhausen, Religionsfreiheit, in: Isensee/Kirchhof, HStR<sup>3</sup> Bd. VII, § 157, S. 642 ff., Rdnr. 96 ff.

2. M gehört einer Glaubensgemeinschaft an, die Bluttransfusionen grundsätzlich ablehnt. Folglich weigert sich M, einer lebenserhaltenden Bluttransfusion für sein schwerkrankes Kind K zuzustimmen.

a. Nach dem Tod des K wird M wegen unterlassener Hilfeleistung nach § 323c StGB verurteilt.

b. Der zuständige Arzt schaltet die Polizei ein, um eine Verlegung des K auf eine Intensivstation zu erreichen, wo die Behandlung ohne Einflussmöglichkeiten des M fortgeführt werden kann.

M legt Verfassungsbeschwerde mit der Behauptung ein, die Verurteilung sowie das polizeiliche Einschreiten verletzen sein Grundrecht auf Glaubensfreiheit.

Wird M Erfolg haben?

Lit.: BVerfGE 32, 98 (106 ff.) – Gesundheitsbetriebe; Pieroth/Schlink, Grundrechte<sup>27</sup>, Rdnr. 548 ff. und Rdnr. 576; v. Campenhausen, Religionsfreiheit, in: Isensee/Kirchhof, HStR<sup>3</sup> Bd. VII, § 157, S. 651 ff., Rdnr. 118 ff.

3. Atomkraftgegner A wird beim Zersägen eines Gleisstücks einer Bundesbahnstrecke, die für Atommülltransporte genutzt wird, von der Polizei festgenommen. Bei seiner Vernehmung äußert er, die Festnahme verstoße gegen sein Grundrecht aus Art. 4 Abs. 1 GG; sein Gewissen gebiete es ihm, mit allen Mitteln auf die Gefahren der Atomenergie aufmerksam zu machen.

Wie weit reicht der Gewährleistungsbereich der Gewissensfreiheit?

Lit.: BVerfGE 12, 45 (54 f.) – Situationsbedingte Kriegsdienstverweigerung; vgl. auch BVerfG NJW 1993, S. 455 f. – Steuerverweigerung aus Gewissensgründen; Pieroth/Schlink, Grundrechte<sup>27</sup>, Rdnr. 564 f.; Bethge, Gewissensfreiheit, in: Isensee/Kirchhof, HStR<sup>3</sup> Bd. VII, § 158, S. 673 ff., Rdnr. 14 ff.

4. Das Schulgesetz des Landes L sieht vor, dass öffentliche Grund- und Hauptschulen einen religiös-weltanschaulichen Charakter haben können. Demgemäß wurde in der Gemeinde G eine christliche Gemeinschaftsgrundschule errichtet, die die einzige Grundschule in G ist.

Verstößt die Errichtung der Schule gegen das Grundgesetz?

Lit.: BVerfGE 41, 29 (44 ff.) – Bekenntnis-Gemeinschaftsschule; E 52, 223 (235 ff.) – Schulgebet; vgl. auch E 93, 1 (15 ff.; 25 ff.) – Kruzifix; Pieroth/Schlink, Grundrechte<sup>27</sup>, Rdnr. 558.; v. Campenhausen, Religionsfreiheit, in: Isensee/Kirchhof, HStR<sup>3</sup> Bd. VI, § 157, S. 657, Rdnr. 132.